

BESCHLUSSVORLAGE NR.**8-2017**

Vorgesehene Beratungsfolge	Sitzung am:	Behandlung des TOP		Abstimmung			
		öffentlich	nichtöffentlich	Anw	Ja	N	E
Haupt- und Finanzausschuss	01.02.2017	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
Stadtrat	15.02.2017	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

GEGENSTAND: 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung vom 22.08.2014

Kurzdarstellung des Sachverhaltes: Im Zuge seines Amtsantritts als Bürgermeister der Stadt Raguhn-Jeßnitz schlug dieser vor, zur Verkürzung von Verwaltungswegen und Bearbeitungszeiten eine Änderung der Hauptsatzung herbeizuführen. Diese Änderungen betreffen im Wesentlichen:

- die Änderung der Wertgrenzen für Bürgermeister, Haupt- und Finanzausschuss sowie Bau- und Vergabeausschuss
- Erweiterung des Aufgabenkataloges des Bau- und Vergabeausschusses,
- Erweiterung der Personalbefugnis von Bürgermeister sowie Haupt- und Finanzausschuss sowie
- Befugnis des Bürgermeisters zur Annahme von Spenden bis 500 €.

Im Zuge dessen wurden auch kleinere Anpassungen aufgrund gesetzlicher Änderungen (Wegfall VOF, Einführung neuer Entgeltgruppen) vorgenommen.

Gesetzliche Grundlagen: § 10 i. V. m. § 45 Abs. 2 Nr. 1 sowie § 150 KVG LSA, § 5 Nr. 2 sowie 7 Abs. 2 Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz

Hinweis: Gemäß § 10 Abs. 2 KVG LSA ist die Änderung der Hauptsatzung mit der Mehrheit der Mitglieder der Vertretung (**mindestens 11 Ja-Stimmen**) zu beschließen. Diese Satzungsänderung bedarf der **Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde**.

Finanzielle Auswirkungen: **Nein**

Produkte / Kostenstellen

im laufenden HH-Jahr €

Folgejahr/e €

BESCHLUSS-VORSCHLAG: Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung vom 22.08.2014 in der vorliegenden Fassung.

ABSTIMMUNGSERGEBNISMitgliederzahl (+ Bgm.): 20Anwesende Mitglieder: davon Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA): Ja-Stimmen Nein-Stimmen Enthaltungen

Detaillierte Darstellung des Sachverhaltes zu BV 8-2017

Satzungsentwurf mit Kennzeichnung der Änderungen

3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 22.08.2014

Aufgrund des § 10 i. V. m. §§ 8 und 45 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 12/2014 vom 26.06.2014 S. 288) hat der Stadtrat Raguhn-Jeßnitz in seiner Sitzung am _____ folgende 3. Änderung der Hauptsatzung vom 22.08.2014 beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Hauptsatzung

§ 5 - Zuständigkeit des Stadtrates erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat entscheidet über:

1. alle Angelegenheiten der Stadt Raguhn-Jeßnitz gem. § 45 Abs. 1 KVG LSA, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 10) handelt, die dem Bürgermeister obliegen. Der Stadtrat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Bürgermeister beseitigt werden.
2. alle Angelegenheiten gem. § 45 Abs. 2 Nummern 1 bis 21 der KVG LSA, soweit sie nicht auf den Bürgermeister oder einen beschließenden Ausschuss übertragen sind.
3. alle Angelegenheiten gem. § 45 Abs. 3 Nummern 1 bis 4 KVG LSA.
4. **die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für einzelne Aufgaben der Stadt, wenn der Vermögenswert 5.000 € übersteigt.**

§ 7 - Beschließende Ausschüsse wird in Abs. 2 wie folgt geändert:

(2) Der Haupt- und Finanzausschuss berät die Beschlüsse des Stadtrates vor, sofern nicht bereits ein anderer beschließender Ausschuss diese vorberaten hat. Abschließend entscheidet er über:

1. die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Laufbahngruppe **2 (Besoldungsgruppen A9 ff.)** sowie die Einstellung und Entlassung, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Arbeitnehmer in den Entgeltgruppen **E9 a ff. und S9 TVöD** jeweils im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit im Rahmen der vorgenannten Entgeltgruppen bei einem Arbeitnehmer sowie die Festsetzung des Entgeltes, sofern kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht.

2. Rechtsgeschäfte und Entscheidungen, die nicht dem Bürgermeister gem. § 10 übertragen wurden, bei denen im Einzelfall folgende (**Brutto-**)Wertgrenzen nicht überschritten werden:

Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen bis zu einer Wertgrenze von:	29.750 €
Erwerb von Grundstücken sowie Erwerb und Bestellung von grundstücksgleichen Rechten (Dienstbarkeiten etc.)	29.750 €
Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen zur Aufgabenerfüllung gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA	5.000 €
Erlass von Forderungen	29.750 €
Abschluss von Miet-, Pacht- und vergleichbaren Verträgen (Jahresbeträge)	29.750 €
gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche	29.750 €
Stunden von Forderungen bis zu einem Jahr	29.750 €
Stundung von Forderungen über ein Jahr hinaus	41.650 €

3. Rechtsgeschäfte und Entscheidungen gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7, 10, 13, 16 KVG LSA soweit eine Wertgrenze von 29.750 € (**brutto**) nicht überschritten wird.

§ 7 - Beschließende Ausschüsse

wird in Abs. 4 wie folgt geändert bzw. um die Nummern 1 bis 7 erweitert:

(4) Der Bau- und Vergabeausschuss berät die vergaberechtlich relevanten Beschlüsse des Stadtrates vor. Abschließend entscheidet er über:

1. Vergaben nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), Verdingungsordnung für Leistungen (VOL), **Vergaben, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht werden und nicht der VOL zuzuordnen sind**, sowie der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) bis zu einer Wertgrenze 29.750 € (**brutto**).
2. **Die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre (§ 14 Abs. 2 BauGB),**
3. **Die Erteilung des Einvernehmens zur Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile, wenn die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung von besonderer Bedeutung ist (§ 36 i. V. m. § 34 BauGB),**
4. **Abweichungen von den örtlichen Bauvorschriften (§ 85 BauO LSA),**
5. **Die Erteilung oder Versagung des gemeindlichen Einvernehmens für Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplanes (§ 36 BauGB i. V. m. § 33 BauGB),**
6. **Die Erteilung oder Versagung des gemeindlichen Einvernehmens für Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 36 BauGB i. V. m. § 34 BauGB,**

7. Die Erteilung oder Versagung des gemeindlichen Einvernehmens für Vorhaben im Außenbereich (§ 36 BauGB i. V. m. § 35 BauGB), wenn die Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung von grundsätzlicher Bedeutung ist.

§ 10 - Bürgermeister

wird in Abs. 2 und 3 wie folgt geändert:

(2) Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören:

- die regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte, die nach bereits festgelegten Grundsätzen entschieden werden, und
- keine wesentliche Bedeutung haben oder
- die im Einzelfall einen Vermögenswert von 15.000 € (brutto) nicht übersteigen,

insbesondere:

- (a) die nach feststehenden Tarifen, Richtlinien, Ordnungen usw. abzuschließenden regelmäßig wiederkehrenden Geschäfte des täglichen Lebens;
- (b) Rechtsgeschäfte oder Verwaltungshandlungen, die in Durchführung bundes-, landes-, oder ortsrechtlicher Bestimmungen vorgeschrieben sind, Heranziehung zu den Gemeindeabgaben, Erteilung von Prozessvollmachten, das Führen von Prozessen und Einlegen von Rechtsmitteln bei den ordentlichen Gerichten, den Arbeits- und Verwaltungsgerichten, es sei denn, das Verfahren ist von erheblicher Bedeutung,
- (c) Abtretungserklärungen, Löschungsbewilligungen und Vorrangeneinräumungen;
- (d) Entscheidungen über Widersprüche gegen Verwaltungsakte der Stadt Raguhn-Jeßnitz gemäß § 68 i. V. m. § 73 Verwaltungsgerichtsordnung; das gilt nicht für Rechtsstreitigkeiten mit Aufsichtsbehörden,
- (e) Rechtsgeschäfte und Entscheidungen, bei denen im Einzelfall folgende (Brutto-) Wertgrenzen nicht überschritten werden:

Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen bis zu einer Wertgrenze von:	15.000,00 €
Vergaben nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), Verdingungsordnung für Leistungen (VOL), Vergaben, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht werden und nicht der VOL zuzuordnen sind, sowie der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) bis zu einer Wertgrenze von:	15.000,00 €
Erwerb von Grundstücken sowie Erwerb und Bestellung von grundstücksgleichen Rechten (Dienstbarkeiten etc.)	15.000,00 €
Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen zur Aufgabenerfüllung gem. § 99 Abs. 6 KVG LSA	500,00 €
Erlass von Forderungen	15.000,00 €
Abschluss von Miet-, Pacht- und vergleichbaren Verträgen	15.000,00 €

(Jahresbeträge)	
gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche	15.000,00 €
Stundungen von Forderungen bis zu einem Jahr	15.000,00 €
Stundungen von Forderungen über ein Jahr hinaus	25.000,00 €
der Abschluss von Miet-, Pacht- und sonstigen Nutzungsverträgen mit einer Laufzeit von weniger als zehn Jahren unabhängig vom Wert, soweit seitens des Mieters, Pächters oder sonstigen Nutzers ein gesetzlicher Anspruch auf den Abschluss des Vertrages besteht.	

- (f) Rechtsgeschäfte und Entscheidungen gem. § 45 Abs. 2 Nr. 7, 10, 13, 16 KVG LSA soweit eine Wertgrenze von **15.000 € (brutto)** nicht überschritten wird.

(3) Darüber hinaus werden dem Bürgermeister folgende Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen:

Die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten der Laufbahngruppe 1 sowie die Einstellung und Entlassung von **Auszubildenden und Praktikanten** sowie der Arbeitnehmer in den Entgeltgruppen **E1 bis E8 und S1 bis S8b TVöD**. Das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit im Rahmen der vorgenannten Entgeltgruppen bei einem Arbeitnehmer sowie die Festsetzung des Entgeltes, sofern kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht.

§ 12 - Einwohnerfragestunde wird wie folgt geändert:

(1) Der Stadtrat sowie seine **beschließenden**-Ausschüsse führen im Rahmen ordentlicher öffentlicher Sitzungen eine Einwohnerfragestunde durch.

~~(2) Der Stadtratsvorsitzende legt in der Einladung zur Sitzung den Beginn der Fragestunde fest.~~

(2) Der Stadtratsvorsitzende stellt den Beginn und das Ende der Fragestunde fest. Findet sich zu Beginn der Fragestunde kein Einwohner ein, kann sie geschlossen werden. Die Fragestunde ist auf höchstens 30 Minuten begrenzt.

(3) Jeder Einwohner ist nach Angabe seines Namens und seiner Anschrift berechtigt, grundsätzlich eine Frage und zwei Zusatzfragen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen, zu stellen. Zugelassen werden nur Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Stadt Raguhn-Jeßnitz fallen. Angelegenheiten der Tagesordnung können nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein.

(4) Die Beantwortung der Fragen erfolgt in der Regel mündlich durch den Bürgermeister oder den Stadtratsvorsitzenden. Eine Aussprache findet nicht statt. Ist die Beantwortung der Frage in der Sitzung nicht möglich, erhält der Einwohner innerhalb von 6 Wochen –ggf. als Zwischennachricht- eine schriftliche Antwort.

(5) Auf die Einwohnerfragestunden in den **beschließenden**-Ausschüssen finden die Regelungen der Absätze 2 bis 4 entsprechend Anwendung. An die Stelle des Stadtratsvorsitzenden tritt der Vorsitzende des **beschließenden**-Ausschusses.

§ 20 - Öffentliche Bekanntmachungen wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

(5) Bekanntmachungen zu Wahlen erfolgen im Amtsblatt der Stadt Raguhn-Jeßnitz. Soweit aus zeitlichen Gründen eine Bekanntmachung im nächsten Amtsblatt nicht ausreichend ist, werden Wahlbekanntmachungen per Aushang in den Schaukästen an den in Absatz 4 genannten Stellen veröffentlicht. Die Aushängefrist beträgt 2 Wochen, soweit nichts anderes bestimmt ist. Auf dem Aushang ist zu vermerken, von wann bis wann ausgehängt wird. Der Tag des Aushangs und der Tag der Abnahme zählen bei dieser Frist nicht mit. Die Bekanntmachung ist mit Ablauf des ersten Tages, der dem Tag des Aushangs folgt, an der/den dafür bestimmten Bekanntmachungstafel/n bewirkt. Der Aushang darf frühestens am Tag nach Ablauf der Aushängefrist abgenommen werden.

(6) Alle übrigen Bekanntmachungen sind im Amtsblatt der Stadt Raguhn-Jeßnitz zu veröffentlichen. Als vereinfachte Form der Bekanntmachung kann auch der Aushang in den Bekanntmachungstafeln am Rathaus im Ortsteil Raguhn, Rathausstraße 16, und am Rathaus im Ortsteil Jeßnitz (Anhalt), Conradiplatz 7, treten, wenn der Inhalt der Bekanntmachung eine Person oder einen eng begrenzten Personenkreis betrifft. Die Aushängefrist beträgt, soweit nichts anderes bestimmt ist, zwei Wochen. Auf dem Aushang ist zu vermerken, von wann bis wann ausgehängt wird. Die öffentliche Bekanntmachung ist mit Ablauf des ersten Tages ihres Aushanges an den/der dafür bestimmten Bekanntmachungstafel/n vollendet. Der Tag des Aushangs und der Tag der Abnahme zählen bei dieser Frist nicht mit.

(7) Abweichend von Absatz 4 erfolgt die Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ortschaftsräte mindestens 3 Tage vor der jeweiligen Sitzung durch Aushang in den im Absatz 4 genannten Schaukästen der jeweiligen Ortschaft. Der Aushang darf frühestens am Tage nach der Sitzung abgenommen werden.

(8) Zusätzlich zur Bekanntmachungen von Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie zu Sitzungen der Ortschaftsräte kann die Veröffentlichung der Tagesordnungen auf der Internetseite der Stadt Raguhn-Jeßnitz unter www.raguhn-jessnitz.de vorgenommen werden.

Artikel 2 Inkrafttreten

Die 3. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 22.08.2014, zuletzt geändert mit 2. Änderungssatzung vom 11.01.2016, tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Raguhn-Jeßnitz,
Ort, Datum

- Siegel -

Marbach
Bürgermeister